

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Noch keine Verhandlungen. Der Kanzler erkrankt.

Beratungen über die gestrigen Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion konnten heute vormittag mit der Reichsregierung noch nicht stattfinden, da Reichskanzler Dr. Stresemann erkrankt und seit Dienstag bettlägerig ist. Die außerordentliche Anspannung, die seine Amtstätigkeit an jedem Tag dieses Kabinetts erfordert, hat sein Herz derartig angegriffen, daß er nach dringendem ärztlichen Rat einige Tage der Schonung bedarf.

Die Genossen Hermann Müller, Wels und Breitscheid erschienen heute mittag 1 Uhr als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Reichskanzlei, um über den gestrigen Fraktionsbeschluss mit dem Reichskanzler zu verhandeln. Sie konnten den erkrankten Reichskanzler jedoch nicht sprechen, sondern nur mit dem Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Dr. Kempkes, verhandeln. Dieser stellte ihnen mit, daß nach der Ansicht des Kanzlers heute abend 6 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden solle, der sich am 8 Uhr eine Besprechung mit den Vertretern der Sozialdemokratie anschließen werde.

Heinze rückt ab.

Vor der Regierungserklärung in Sachsen.

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Die angekündigte Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Jellisch und dem Reichskommissar Dr. Heinze hat heute vormittag um 9 Uhr stattgefunden. Nach dieser Besprechung wurde folgende amtliche Notiz ausgegeben:

„Heute abend nach der Vereidigung des Ministerpräsidenten Jellisch vor dem Landtag und der sofort danach erfolgenden Berufung der Minister wird die neue Regierung ihr Amt antreten. Der Reichskommissar Dr. Heinze wird nach der Konstituierung seine Funktionen einstellen.“

Der Landtag tritt heute abend um 8 Uhr mit folgender Tagesordnung zusammen: „Vereidigung des Ministerpräsidenten, Vorstellung des neuen Kabinetts, Regierungserklärung“. Reichskommissar Dr. Heinze hat heute vormittag sofort nach der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten das Ministerium verlassen, nachdem eine Stunde vorher bereits die Reichswehr das Haus geräumt hatte. Dr. Heinze hat versichert, daß er keine amtliche Handlung mehr ausführen werde. Er werde heute abend mit der Amtseinführung des Ministerpräsidenten Jellisch seine Tätigkeit als Reichskommissar beenden. Das neue Kabinett trat heute mittag zu einer ersten Sitzung zusammen, in der insbesondere der Wortlaut der Regierungserklärung festgelegt wurde.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat, nachdem inzwischen in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist, durch Verordnung vom heutigen Tage die am 29. Oktober auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Freistaates Sachsen wieder aufgehoben.

Der sozialdemokratische Beschluß.

Die Aufnahme in der Presse.

Der Beschluß unserer Reichstagsfraktion findet in der Presse begreiflicherweise ein sehr lebhaftes Echo. Besonders werden die Voraussetzungen besprochen, von denen nach Meinung der Fraktion das Verbleiben in der Koalition abhängig ist. Die Rechtspresse stellt sich aus begreiflichen Gründen so, als ob sie Herrn Stresemann und sein Kabinett vor sozialdemokratischen „Erpressungsversuchen“ beschützen müßte. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, die Annahme der sozialdemokratischen Bedingungen sei „selbstverständlich eine glatte Unmöglichkeit“. Man könne nur annehmen, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichskabinetts diesem sozialdemokratischen Erpressungsversuch mit einem unumwundenen und kurzen „Nein“ beantworten werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ meint, der Kanzler stehe vor der Frage, ob er die Koalition erneut zusammensetzen wolle oder nicht.

„Obi Dr. Stresemann jetzt nach, so gerät er in volle Abhängigkeit der Gewerkschaften und der Straße. Die Bedingungen der Sozialdemokratie sind unausführbar und bedeuten nichts anderes als eine Auslieferung der Reichsregierung an die Sozialdemokratie, gleichzeitig aber auch den Reichsfall; denn ein Vorgehen gegen Bayern, wie es von den Rollen verlangt wird, kann nur den Abfall vom Reich zur Folge haben. Es gibt nur eine Rettung für Deutschland: die feste Zusammenfassung aller nationalen und völkischen Kräfte gegen die Herrschaftsgelüste der Sozialdemokratie.“

Das Stinnes-Organ „D. A. Z.“ versichert, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion könne natürlich „nicht so naiv“ sein, an die Annahme ihrer Forderungen zu glauben, die durch die Terminfestsetzung auf heute 1 Uhr einen ultimativen Charakter erhalten haben. Der Reichskanzler habe die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes bereits den Ministerpräsidenten als unmöglich dargestellt, eine Auseinandersetzung mit Bayern würde aber von vornherein jede Verständigungsmöglichkeit ausschließen.

„Da die Sozialdemokraten dies alles wissen, so müßte man eigentlich annehmen, daß sie ihr Ultimatum nur gestellt haben, nur die formelle Verantwortung für den Bruch der Großen Koalition dem Reichskanzler zuzuschreiben. Die Antwort, die dieser als verantwortlicher Staatsmann nur geben kann, ist mit dem Wortlaut der Fraktionsentscheidung unvereinbar.“

Auch die demokratische „Boschische Zeitung“ ist der Meinung, daß der Beschluß der Fraktion „wie ein Ultimatum wirke“. Jedoch glaubt sie, daß er Verhandlungsmöglichkeiten zulasse und so formuliert sei, daß er in wesentlichen Punkten auch bei bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition, bei Zentrum und Demokraten, zum mindesten nicht auf Ablehnung stoßen werde.

Auch die Demokraten und das Zentrum wünschen die Aufhebung des militärischen und keine Erhebung durch einen zivilen Ausnahmezustand (von dem im sozialdemokratischen Beschlusse nichts erwähnt wird), und die beiden Parteien befinden sich damit in Übereinstimmung mit den Ministerpräsidenten der Freistaaten, die bei ihrer Zusammenkunft in Berlin den gleichen Wunsch ausgesprochen haben.

Eine wesentliche Unterstützung findet er in der Neuordnung der Verhältnisse in Sachsen, wo die Kommunisten nicht mehr in der Landesregierung sitzen, der als solcher gar nicht zur Auswirkung gekommenen Generalkrieg vorzeitig „abgeblasen“ worden ist und zweifellos eine starke Veruhigung eingetreten ist. Ob aber der Reichskanzler, der dem Wunsch der Ministerpräsidenten mit Berufung auf die allgemeinen innerpolitischen Verhältnisse im Reich, die Erfüllung versagt hat, schon jetzt in die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes einwilligen wird, ist zumindest zweifelhaft.

Im Gegensatz zu diesen Auffassungen ist der deutsch-nationale „Tag“ der Ansicht, daß ein Ultimatum nicht vorliegt:

Wenn es am Eingang der Resolution heißt, daß die sozialdemokratische Fraktion nur dann in der Koalition verbleiben könne, wenn eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden, so ist mit dieser Formulierung absichtlich der Charakter eines Ultimatums vermieden. Es werden sich wahrscheinlich nicht nur zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und dem Reichskanzler, sondern auch zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den bürgerlichen Fraktionen der Koalition Verhandlungen über den Inhalt dieser Resolution entwickeln, und diese Verhandlungen werden wieder von einem Fortschreiten der Ereignisse in Bayern und Sachsen begleitet sein, so daß schon in wenigen Tagen die sozialdemokratische Resolution nicht mehr mit der tatsächlichen Lage übereinstimmen kann.

Dieses deutsch-nationale Blatt wünscht die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes, weil bei seiner Aufhebung „das Verhalten der bayerischen Regierung gerade in den Punkten, die keine persönliche Angelegenheit darstellen, sondern die aufs engste mit der Einheit des Reiches verknüpft sind, verfassungsrechtlich weit eher zu billigen sei als im Zeichen des militärischen Ausnahmezustandes“.

Der gleichfalls deutsch-nationale „Total-Anzeiger“ findet in dem Beschluß keinen ultimativen Charakter.

Goldanleihe 180!

Verbrecherisches Treiben der Spekulation.

Dieser Eröffnungskurs gab dem heutigen Devisen- und Wertpapierpapier das Gepräge. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß diese stürmische Aufwärtsbewegung der Goldanleihe, die natürlich in engem Zusammenhang mit der Entwertung der Mark an den Auslandsbörsen und mit der verworrenen innerpolitischen Lage steht, von den Berufsspekulanten strupellos ausgenutzt wird, um auf Kosten der Reichsbank und des Reiches enorme Gewinne zu erzielen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Reichsbank ebenso wie die Reichsanleihe u. a. vermutlich infolge technischer Schwierigkeiten mit der Belieferung von Stücken der Goldanleihe außerordentlich im Rückstande sind. Hieraus baut sich eine wilde Spekulation auf. Man kauft große Beträge von Goldanleihe, ohne hierfür irgendwelche Anzahlung zu leisten, und verkauft sie nach zwei bis drei Tagen mit absolut sicherem Gewinn. Bis die Stücke endlich zur Lieferung kommen, haben sie bereits mehrfach den Besitzer gewechselt.

Die Reichsbank hätte diesem Unfug vorbeugen können, wenn sie auch von den Banken für derartige Aufträge sofortige volle Barzahlung verlangte und Kassenquittungen ausgestellt hätte. So erleben wir das betäubende Schauspiel, daß nicht nur auf Kosten der Steuerzahler Riesengewinne von der Spekulation eingeholt, sondern auch das mühsam gezimmerte Gebäude etwas stabilerer Preise am Warenmarkt wieder über den Haufen geworfen wird. Die Banken ziehen aus dieser Situation noch insofern Nutzen, als das Publikum bei ihnen große Beträge bar einzahlung für Kaufordres an Goldanleihe. Diese Beträge werden zur Spekulation aller Art verwendet. Geld steht an der Börse für den, der diese Lage auszunutzen versteht, reichlich zur Verfügung.

und glaubt, daß es jetzt wahrscheinlich nicht zu einer Sprengung der Großen Koalition kommen werde.

Die „Deutsche Zeitung“ ist natürlich mit ihrem Urteil schnell bei der Hand:

„Außer dem Rücktritt des Gesamtkabinetts gibt es keine Lösung. Die Forderungen der Sozialdemokratie sind für den Reichskanzler unannehmbar, deshalb unannehmbar, weil er mit ihrer Annahme das Vertrauen der Reichswehr in die Staatsautorität erschüttern und untergraben würde. Welche Schritte eigentlich der Reichskanzler gegen Bayern noch unternehmen soll, bleibt Geheimnis der Sozialdemokratie. Sie glaubt doch wohl selbst nicht, daß Reichswehr auf Reichswehr schießt? Herr Stresemann besitzt weder das Vertrauen der SPD, noch das der völkisch-nationalen Kreise, und die bürgerlichen Parteien der Mitte haben sich, wie Sachsen lehrt, als unfähig erwiesen, den Staat in Not zu retten. Die Sozialdemokraten bereiten sich einen guten Abgang vor und halten sich gleichzeitig die Möglichkeit offen, auf den Ministerposten sitzen zu bleiben. In beiden Fällen ist Herr Stresemann zur Ohnmacht verurteilt; also sollte er schon lieber gehen.“

Mit der Bemerkung, daß „Reichswehr nicht auf Reichswehr schießt“, beleidigt die „Deutsche Zeitung“ ganz offensichtlich die Reichswehr und ihre Führung. Bis jetzt ist der Versuch noch nicht gemacht worden, wenn man von Rüsting absteht, wo die Reichswehr tatsächlich auf ihre Konkurrenten Maschinengewehrfeuer eröffnete. Aber seit wann dürfte es üblich sein, daß die Reichswehr den Gehorsam verweigert, wenn sie gegen einen meuternden General und dessen hitlerische Trabanten zu Feld ziehen soll? Daß es außer den militärischen Möglichkeiten auch noch andere Druckmittel gibt, die gegen die bayerischen Rebellen angewandt werden können und müssen, ist selbstverständlich auch den Vertretern von der „Deutschen Zeitung“ bekannt. Aber da sie offen die bayerische Revolte gegen das Reich unterstützen, so wollen sie nach außen lediglich den Anschein erwecken, als ob das Reich gegen Bayern ohnmächtig sei.

Kahr-Bayern — eine Kulturschande.

Am 29. Oktober, also nach etwa vierwöchiger Tätigkeit als Generalkriegskommissar, hatte Herr v. Kahr bereits über 1500 Verordnungen und Anweisungen herausgegeben, denn das an jenem Tage verfügte Verbot der „Münchener Post“ auf unbestimmte Zeit trägt das Alterszeichen: „Generalkriegskommissar R/Nr. 1538“. Da anzunehmen ist, daß der verordnungs-wütige Diktator in diesem Tempo fortgefahren ist, so dürfte die Zahl der verfassungswidrigen und ungesetzlichen Amtshandlungen, die unmittelbar von seiner Behörde ergangen sind, bald 2000 überschreiten!

Mit Recht wies das „Berliner Tageblatt“ darauf hin, daß mit dem Verbot der „Münchener Post“ das letzte republikanische verfassungstreue Organ Südbayerns unterdrückt und damit das russisch-bolschewistische System der Anechtung aller nicht regierungsfremden Blätter auch in Bayern durchgeführt worden sei.

Beshalb ist übrigens die „Münchener Post“ bis auf weiteres verboten worden? Das Altersstück „Generalkriegskommissar R/Nr. 1538“ lehrt es uns: wegen der Artikel „Bayerns Reichstreue“ in Nr. 249 und „Ausweisung von Juden aus München“ in Nr. 250.

In dem ersten Artikel gliederte unser Münchener Organ die Erklärung Kahrs, wonach sich Bayern an Reichstreue von niemand übertreffen lasse, an der Hand der von ihm allerhöchst unterstützten und propagierten Steuerfabotage, die er bei dem Empfang einer Deputation von Landwirten dokumentiert habe: Nicht allein, daß er jene vom Reichstag — übrigens mit den Stimmen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei — beschlossenen Steuern als „unsinnig“ und „marxistisch“ bezeichnete, sondern er versicherte sogar auf Befragen ausdrücklich, daß er die Bauern vor Pfändungen durch die Organe der Finanzämter schützen werde. Die „Münchener Post“ schrieb dazu:

„Der Generalkriegskommissar ist eingeseht der Ruhe und Ordnung willen. Er weiß, was er ihr schuldig ist. Kann es eine größere Ruhe und Ordnung geben, als wenn man dem Reich die Mittel zur Fortführung seiner staatlichen Aufgaben entzieht, so daß es seinen Beamten keine Gehälter zahlen kann?“

Und kann man in seiner Treue zum Reich übertröffen werden, wenn man als Verwaltungsbeamter erklärt, den Vollzug von lebenswichtigen Reichsgeboten nicht zulassen zu wollen? Wer daran zweifelt, der ist eben „marxistisch“. Und wer einmal „marxistisch“ ist, dem ist eben nicht zu helfen. . . .

Wegen dieser ironischen Bemerkungen ist die „Münchener Post“ unterdrückt worden! Dabei hat unser Parteiblatt bei dieser Gelegenheit nicht einmal darauf hingewiesen, daß Kahr sich durch diese Erklärungen gegen eine Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vergangen hat, die die Aufhebung zur Steuerfabotage unter hohe Gefängnis- und Geldstrafen stellt.

Der andere Grund des „Post“-Verbois, der Artikel über die Judenauweisungen, bestand vorwiegend in der Anführung von Tatsachen und von Zitaten aus dem „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“. Die Kommentare zu den angegebenen Einzelfällen von Ausweisungen sind überaus vorsichtig und sachlich gehalten, obwohl beim Lesen dieser Angaben einem jeden Kulturmenschen die Schamröte ins Gesicht steigen muß. Die „Post“ fügte aus eigener Kenntnis noch folgende Mitteilungen hinzu:

„In einer Begründung heißt es: „Er ist ein Schädling des deutschen Volkstums“. Warum? Es ist ihm nichts anderes nachgewiesen, als daß es ihm in jahrzehntelanger Arbeit gelang, sich einen gewissen Wohlstand zu erwerben. Ist das nicht auch von diesen Tausenden weisheitsvoller christlicher Zeitgenossen zu berichten? Ein anderer wird als „politisch nicht zuverlässig“ erklärt. Er weiß selbst nicht, wie er zu der Ehre kommt, als politische Persönlichkeit gewertet zu werden. Ein dritter „war seinerzeit bei der Kaiserin mit den Nationalsozialisten im Deutschen Theater-Café beteiligt“. Bekanntlich sind die Nationalsozialisten damals dort eingebrochen, haben die Gäste belästigt und alles kurz und klein geschlagen. Einem ihrer Opfer wird jetzt daraus ein Vorwurf gemacht! Einem anderen wurde nachgesagt, daß er wegen „Körperverletzung“ verurteilt sei. Der Tatbestand? Er hatte vor einer Reihe von Jahren einem anderen eine Ohrspeiße verabreicht, die mit der Strafe von — 5 Mark bestraft worden war!“

Das Blatt bemerkt noch dazu, daß diese Ausweisungspraxis, soweit sie sich gegen ausländische Staatsbürger richtet, auch außenpolitische Folgen unangenehmster Art nach sich ziehen könnte. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Und deshalb wäre es Pflicht der Reichsregierung, die allein für die auswärtige Politik Deutschlands zuständig ist, diesem schamlosen Unfug, mit dem sich Jahr die Günst der Hafentreuerei zu erkufen hofft, ein Ende zu machen.

Vom bayerischen Aufmarsch.

Bayerns Rebellion gegen das Reich ist eine so offene und unheimliche Tatsache, daß selbst die eifrigsten Anhänger der Rebellen anfangs, mit ihrem Beugnen etwas vorsichtiger zu werden. Der „Vokal-Anzeiger“ bringt es allerdings noch fertig, alle Meldungen über die militärischen Rüstungen Bayerns folgendermaßen zu gliedern:

„Um aber keiner „einkseitigen“ Kampfesweise verdächtig zu erscheinen, hat man zu gleicher Zeit einen Spezialkorrespondenten nach Südböhmen entsandt, der von dort die üblichen Schauererzählungen über den bayerischen Aufmarsch gegen Thüringen, über Schießereien der Hitlerbanden, über Robbenmachungen und Grenzüberreitungen zu berichten weiß. Unter Berufung auf sie hat die thüringische Regierung an die Reichsregierung das telegraphische Ersuchen nach sofortiger Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Nordbayern gerichtet. Es steht zu hoffen, daß in amtlichen Kreisen diese zielbewußten Schauererzählungen nicht mit der gleichen Akribiosität aufgenommen werden, die ihnen von gewissen Parteiblättern entgegengebracht wird. Der Anflug, der mit ihnen insbesondere im Ausland angerichtet wird, läßt ohnehin nichts zu wünschen übrig.“

Das tut dasselbe Blatt, das mit anderen Rechtsblättern um die Werte die Schauererzählungen industrieller Nachrichtenbüros über Sachen in die Welt setzt, ohne sich im geringsten darum zu kümmern, ob dadurch „Unfug im Auslande“ angerichtet werde. Natürlich weiß der „Vokal-Anzeiger“ sehr genau, daß die Nachrichten über den bayerischen Aufmarsch authentisch sind. Er ist deshalb auch klug genug, seinen Beschworungen die Versicherung anzuhängen!

„An hiesiger zuständiger Stelle werden die Gerüchte über einen Aufmarsch militärischer Verbände an der bayerisch-thüringischen Grenze, wie wir erfahren, für stark übertrieben und aufgebauscht erklärt. Um jedoch den allzu ängstlichen Gemütern Genüge zu tun, ist von der zuständigen Behörde eine Untersuchung der angeblich zugrunde liegenden Vorfälle eingeleitet worden.“

Wenn die amtliche Stelle, die den „Vokal-Anzeiger“ unterrichtet, die Meldungen für „übertrieben und aufgebauscht“ hält, kann man getrost annehmen, daß sie der Wahrheit entsprechen. Wenigstens sind wir in der Lage, unseren Meldungen nachfolgende Angaben hinzuzufügen zu können:

In Heiligersdorf hat vergangener Sonntag Artillerie egerziert. In Schlosweien (Schloß) sieben Geschütze.

Als Stützpunkt gilt das Schloß, das stark mit Waffen gepflückt ist. In den südlich von Coburg gelegenen Dörfern sind Gewehre an Zivilisten verteilt worden. Nur die stark mit Industrie durchsetzten Dörfer wurden bei der Verteilung nicht berücksichtigt. Nachts steht vornehmlich Jungdo Posten, auch wird egerziert. Vergangenen Sonntag war in Harth (südlich Coburg) und auf Schießstand Waldsachsen wieder Scharfschießen.

Die drahtlose Telegraphie in Kaserne Coburg arbeitet äußerst rege.

Sehr starker Zugang fremder Offiziere nach Coburg. Sehr starker Auto- und Motorradverkehr der Rechtsaktivisten. Regier. Medizinalrat v. H. vom Hotel Reichsgraf, dem Stabsquartier der Rechtsaktivisten.

Ehrhardt soll sich seit einigen Tagen hier aufhalten. Hitler wurde bestimmt im Reichsgraf beobachtet. Jungdo versichern, daß Ehrhardt bestimmt hier weil.

Vor drei Wochen wurden zwei Feldgeschütze mit 80 Zentner Munition, zwei Minenwerfer und Maschinen-gewehre auf das Gut des Gutsbesizers Ludloff transportiert. Scheint dort in der Kirche, auf dem Feld und im Walde dieses Gutsbesizers verstaubt zu sein.

In Creiditz, Zeitharn und Grub am Forst wurden Karabiner und Munition an Mitglieder von „Bayern und Reich“ und Jungdo verteilt. Hierauf wurden diese auf das Schwert vereidigt. In Grub am Forst sind 32 Mann vereidigt worden. Jeden Sonntag ist Scharfschießen von Bayern und Reich“ und Jungdo auf den Schießständen Waldsachsen, Harth, bei Großwalbur und Weeder.

In der Nacht vom 23. auf 24. Oktober ist in Sauerstadt bei Roßach ein Lastauto mit Schlehgeräten abgefahren worden. Anscheinend hat man dort auch auf thüringischem Boden hieroo verteilt. Herr Dr. J. J. ein deutschösterreichischer Heizer, hat Telefoneinrichtung erhalten. Zwei fremde Personen, jedenfalls Offiziere, befinden sich ständig bei ihm. Auch ist bei ihm Tag und Nacht großer Verkehr mit Auto und Motorradern.

Weiter heißt es: „Illegale Formationen von Ober- und Unteroffizieren und Gestungshäufen haben Order erhalten und sind zusammen mit einquartierten Personen von Fegheim nach Weingarnstadt zu einer Schießübung am 25. d. M. zusammengezogen worden. Fegheim wurde am 23. d. M. von 30 Soldaten besetzt. In Fegheim befinden sich Geschütze. Am 30. d. M. sind in Ober- und Unterwajungen, Gestungshäufen und Fegheim die rechtsaktivistischen Stöße bzw. Sturmtrupps militärisch eingeleitet worden, nachdem dieselben vorher Order erhalten hatten. An dieselben sind Gewehre verteilt worden. Am gleichen Tage haben höhere Offiziere in Autos die Straße Harth-Hollenberg befahren und am Fegheimer Berg Skizzen angefertigt. In Mittwitz wurden am gleichen Tage Patrouillen beobachtet. Die Sonneberger Nationalsozialisten sind nach Bamberg abmarschiert. Dort befinden sich bereits sehr starke Abteilungen, darunter ungefähr 4000 Personen aus Oesterreich. Alles wimmelt dort von Menschen in Windjacken, die ungemein kompromittiert sind.“

In der Richtung auf Burggrub sind von den Bayern Zivilpersonen mit Gewehren versehen worden. Diese Personen haben bereits Grenzposten durchgesührt und Personen, die nach Thüringen wollten, visitiert.

Bei Steinach a. Wald liegen 250 Soldaten, angeblich bayerische Reichswehr aus Bayern. In einem Walde jenseits der thüringischen Grenze haben Hafentreuerei ein Lager eingerichtet. Von diesen Personen und von Gendarmerie werden Personen, die die Grenze überschreiten wollen, nach Waffen durchsucht.

Alle diese Angaben sind viel zu eindeutig und substantiiert, als daß das Dementiergeflüster der Rechtspresse den Eindruck abschwächen könnte. Bayern rüstet sich tatsächlich zur bewaffneten Auseinandersetzung, indem es die Mobilisierung aller illegalen und östlichen Formationen aufsetzt. Und die Mittel dazu werden wahr-scheinlich, so wie unsere Verhältnisse sich entwickelt haben, auf Umwegen von demselben Reich stammen, gegen das sie gebraucht werden. Noch kann die Regierung diese Gefahr bannen, wenn sie sich endlich aufrafft.

Thüringische Aufforderung an Berlin wegen Bayern.

Weimar, 31. Oktober. (Ill.) Die Thüringische Staatsregierung hat, wie die Telegraphen-Union von ministerieller Seite erzählt, an die Reichsregierung heute das telegraphische Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern wiederherzustellen. Wie die Regierung ausdrücklich versichert, ist eine Aufforderung, gegen Bayern vorzugehen, seitens der Thüringischen Regierung an die Reichsregierung nicht ergangen. Dagegen sei zur Be-

zu inspizieren und das Soldatessen selbst zu kosten. Da sein Besuch angemeldet war, klappte natürlich alles und der Minister ist des Bodes voll über die gute Verpflegung der ihm anvertrauten Armee.

Bei dieser Gelegenheit erzählt die Pariser Zeitschrift „La République“ eine hübsche Geschichte über den jetzigen Ackerbauminister Chéron, der vor dem Kriege in verschiedenen Regierungen Unterstaatssekretär im Kriegsministerium war und als solcher einmal den üblichen Entschluß gefaßt hatte, sich nach dem leiblichen Wohl seiner Soldaten durch einen unangemeldeten Besuch in einer Pariser Kaserne umzusehen.

Kaum hatte er den Kasernenhof betreten, als er einem Rekruten begegnete, der gerade einen Schnaps trug. Er hielt ihn an: „Halt, mein Freund, ich bin der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium. Was tropen Sie denn da?“

„Suppe“, antwortete der Soldat in strammer Haltung. „Na, geben Sie mir mal Ihren Böffel her!“

Der Soldat magte nicht zu widersprechen. Chéron nahm den Deckel des Rapses ab und sah einen vollen Böffel des Inhalts. Doch kaum hatte er geschmeckt, da wurde ihm übel und er fragte entsetzt: „Was? Und so was gibt man Euch zum Essen!“

„Aber nein“, antwortete der Mann verlegen, „das habe ich doch nicht behauptet. Das ist nur ein Fraß, den ich für den Hund des Herrn Beutnants aus Ueberresten zurechtgemacht habe, die ich in der Küche zusammengekehrt habe.“

Der Herr Unterstaatssekretär hat seither nie wieder unangemeldet das Soldatessen probiert.

Weiter erzählt die „République“ vom alten Clemenceau, er sei ein fanatischer Liebhaber von Suppen und er führt gern seine staunenswerten Gesundheit darauf zurück, daß er dreimal am Tage sehr heiße Suppe esse.

Während des Krieges war er einmal vor Verdun zu Gast beim Stabe des kommandierenden Generals Pétain. Bei Tisch erzählte er, daß er sich während des ganzen Tages nicht wohl fühle, wenn er nicht am frühen Morgen beim Aufstehen seine Suppe eingenommen habe. Da fragte ihn einer an der Tafelrunde: „Wann stehen Sie denn auf, Herr Ministerpräsident?“

„Na, so gegen 4 Uhr morgens.“

„So, dann muß aber Ihr Koch noch mitten in der Nacht aufstehen?“

„Ist nicht nötig“, erwiderte Clemenceau ganz trocken, „das besorge ich selber. Ich lasse am Abend eine kochende Suppe in meine Wärmeflasche gießen, lege meine Füße auf die Wärmeflasche, und am Morgen brauche ich nur einen Löffel mit dem Inhalt zu fassen.“

Der Chronist behauptet, es sei nie wieder Suppe an der Tafel des Generals Pétain gegessen worden...

Filmfreunden. Der naturwissenschaftliche Film, der auf unterhaltende Weise belehren will, ist als Anschauungsmittel unerlässlich. Immer wieder muß man bedauern, daß er in der Gesamtproduktion eine so geringe Rolle spielt. Erstklassigerweise pflegt die Ufa mit gewohnter Sorgfalt dies Gebiet. Im Union-Theater am Kurfürstendamm wurden in einem gemischten Programm, das der

gründung des Ersuchens, die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern wiederherzustellen, eine erhebliche Menge Materials seitens der Thüringischen Regierung gesammelt worden, das noch heute Nacht der Reichsregierung übermittelt werden wird.

Das Abkommen der Ruhrindustriellen.

Das geplante Abkommen zwischen den Vertretern des rheinisch-westfälischen Bergbaues und den Vertretern der Besatzungsmächte ist gestern abgeschlossen worden. Nach diesem Abkommen sollen etwa 20 Proz. der ursprünglich von den Franzosen für die Zeit vom 20. Januar bis jetzt verlangten Kohlensteuer, das ist ein Pauschalbetrag von 15 Millionen Dollar, gezahlt werden. Von diesem Betrage sind 10 Proz. sofort zu zahlen. Diejenigen Gesellschaften, welche augenblicklich nicht über solche großen Mittel verfügen, können den Betrag in Kohlen entrichten. Die 15 Millionen Dollar sind etwa 20 Proz. des von den Franzosen ursprünglich verlangten Betrages. Von den neuerdings zu fördernden Kohlen sind 10 Fr. auf die Tonne in wertbeständigem deutschen Gelde zu bezahlen. Die Reparationsleistung wird auf 16 bis 18 Proz. der abgesetzten Kohle begrenzt. Es brauchen jedoch nicht mehr als 16 Proz. geleistet werden, wenn die Förderung des Jahres 1921 erreicht ist. Die Reparationsfahle für Italien ist dabei nicht mit berücksichtigt. Soweit die für die zurückliegende Zeit entfallenden 10 Proz. der Kohlensteuer entrichtet sind, wird den Zechen die Förderung und der Absatz der Kohle vollständig freigegeben.

Das Abkommen soll am 1. November nachmittags in Anna der Zechenbesitzerversammlung vorgelegt werden. Es wird damit gerechnet, daß es von ihr angenommen wird.

Die Sachverständigen-Konferenz.

Poincarés Antwort.

Paris, 1. November. (WZ.) Nach dem „Petit Parisien“ hat Poincaré schon gestern Abend die Antwort der französischen Regierung auf den englischen Vorschlag bezüglich der an die Vereinigten Staaten gerichteten Aufforderung, sich in einem Sachverständigenausschuß zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit betreten zu lassen, telegraphisch. Das offiziöse Blatt schreibt, Poincaré nehme den englischen Vorschlag an, er verlange nur, daß im Text eine Änderung vorgenommen würde. Der englische Wortlaut besage, daß die Sachverständigenkommission zur Aufgabe haben soll, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Die französische Antwort verlange, daß dem Wort Zahlungsfähigkeit das Wort augenblicklich beigelegt werde. Diese Abänderung sei notwendig, aber sie sei von großer Bedeutung. Es handele sich tatsächlich darum, die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und es sei keine Rede davon, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Zukunft festzusetzen. Das sei eine ganz vergebliche Arbeit, denn wer könne voraussagen, welches die künftigen Hilfsquellen Deutschlands seien. Es sei aber auch eine gefährliche Aufgabe, denn man könnte unter dem Druck der Prüfung der augenblicklichen Zahlungsfähigkeit, die sicher nur eine sehr geringe sei, in eine Reaktion des Londoner Zahlungsplans hineingeraten. Aber nach dem Wortlaut des Verfallter Vertrages, könne die einmal festgesetzte Einschätzung selbst nicht durch die Reparationskommission abgeändert werden, wenn sie nicht die einstimmige Zustimmung der allierten Regierungen finde, und man wisse ja, daß die französische Regierung für ihren Teil seiner Einschränkung zustimmen werde.

Die französische Regierung verlange, daß die Aufgaben des Sachverständigenausschusses von der Reparationskommission bestimmt werden, deren Richtlinien aber festgelegt seien. Man glaube nach dem „Petit Parisien“, daß die Vereinigten Staaten einen oder mehrere Vertreter bestimmen werden, wie dies in englischen Kreisen vorgeschlagen worden sei. Französischerseits lege man auf den Ort des Zusammentritts keinen besonderen Wert. Wenn Berlin ein Verhandlungsort gewählt werden sollte, werde Frankreich keinen Widerspruch erheben.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dabert (Osnabrück) hat wegen Arbeitsüberlastung sein Mandat niedergelegt. Nachfolger ist Genosse Felden, Pastor in Bremen.

Kartoffeln, die ins Feuilleton gehören.

Von Theodor Thomas.

Wir hatten eine junge Vortragskünstlerin gewonnen, die ein sehr bescheidenes Honorar beanspruchte. Bei der sprichwörtlichen Angst der kleinen Künstler und Handarbeiter, das Geld zu opfern, rechneten wir aber doch Eintrittspreise heraus, die uns das Unternehmen zu gefährden schienen.

Da kam uns die Künstlerin selbst mit folgendem Vorschlag entgegen: Sie verzichte auf Geld; jeder Besucher solle zwei Kartoffeln mitbringen. Im übrigen bleibe eine Grenze — nach oben natürlich.

Also gut, ein Versuch ist nicht strafbar. Wir liebten es ans Spritzenhaus: Wieder zur Laute für zwei Kartoffeln. Nicht ohne Neugier sahen wir dem Sonntagabend entgegen, wo die Kunst nach Kartoffeln gehen sollte.

Zughaft kamen die Ersten: In kleinen Düten, in Zeitungspapier und Taschentüchern brachten sie die wertvollen Knollengewächse an. So sorgsam, wie sie einst Drake mit nach Deutschland „verschoben“ haben mag. Und alle Sorten erblühten das elektrische Licht, so daß wir bald dazu kamen, drei Sätze aufzuspannen: für weiße, blaue und rote, je nach Volksgunst.

Jeder und jede wurde gleich gefragt: „Blau, weiß oder rot?“ Je nachdem tollerten sie in den oder jenen Sad. Es brauchte nichts geschwehelt, nichts herausgegeben zu werden.

Manche hatten die allerfeinsten ausgeführt, andere freilich dafür nach oben abgerundet; einige bestellten noch welche zurück: „Wenn's sauber wird, kriegt sie die och noch!“ hieß es.

Junge Burtschen und Mädchen machten „Kippe“, und mancher Knecht und Magd hatten wohl ihre Eintrittskartoffeln ehrlich gekauft vom „großen Hausen“.

Am Schluß der Kasse waren es 2½ Zentner der kostbaren Frucht, so daß wir der Kunst drei Sätze opfern konnten.

Ihr hättet mal sehen sollen, was die Empfängerin für Augen machte, und wie sie ihr Programm durchführte. Jedes Wort war ein Kartoffelpuffer, jeder Ton ein Knoll aus gleichem Produkt. Als der Abend zu Ende war, bedauerten viele, daß sie nur zwei Kartoffeln geopfert hatten, „das war eine Schüssel, eine volle Schüssel wert“, hörten wir es flüstern.

Ob man das nicht für bestimmte Zwecke erweitern könnte? Etwas für das Vormärts-Abonnement? Ueberlegt euch mal, es wäre dann offen gehalten. Auf eine Provision verzichte ich, aber bitte: Sätze mitbringen. . .

Nie wieder!

Da in letzter Zeit die Klagen über das schlechte Essen der französischen Soldaten immer häufiger wurden, sah sie vor einigen Tagen der Kriegsminister Maginot den Entschluß, mehrere Pariser Kasernen

Die bestohlene Dieb. Botshafom und Baraness sind zwei russische Flüchtlinge, die, wie so viele Schicksalsgenossen, aus den Wirren ihrer Heimat nach dem Westen flüchteten und in dem Wirbel einer Großstadt untertauchten. Da sie nicht ahernt hatten, auf ehrliche Weise ihr Brot zu verdienen, schlossen sie sich der Kunst der Taschendiebstahl an. Ihre Methoden und ihr Schicksal werden in einem Pariser Blatt erzählt. Als kluge Kenner der Menschenkunde gingen sie von der Beobachtung aus, daß Leute, die sich in Aufregung befinden, am wenigsten auf ihre Sachen achten und daher am unbemerktesten erschleicht werden können. Sie wählten daher zum Schauplatz ihrer Tätigkeit einen Kaminplatz, auf dem sich ein Löwenhäutiger produziert und eine Batterie befand. Die aufregenden Vorführungen im Löwenhäutigen beschäftigten die Zuschauer so, daß sie erst sehr viel später merkten, wenn ihnen die Uhr oder die Geldtasche fehlte, und auch bei der Lotterie waren die Spielenden so mit Leid und Seele dabei, daß sie ihr Geld auch auf diese Weise ohne Schwierigkeit einbüßten. Schließlich aber erreichte die rührende Geschichte Botshafom und Baraness auf dem Felde ihrer Ernte, und sie wurden zur Polizei gebracht, wo man bei einer Verlesunteruchung zahlreiche Uhren und Geldtaschen bei ihnen fand. Das war nicht weiter verwunderlich. Aber eine große Ueberreicherung wurde Botshafom zuteil, denn bei der Durchsuchung des Freundes und Kollegen stellte sich heraus, daß dieser im Eifer des Geschäfts auch Botshafoms eigene Geldtasche sich angeeignet hatte, in der sich kein ganzes Vermögen in Gestalt von Frank-, Rubel- und Markscheinen befand.

Frankreich als Helfer der Separatisten.

Enthüllungen der „Humanité“.

Paris, 31. Oktober. (W.Z.) Die kommunistische „Humanité“ veröffentlicht einen Bericht ihres Korrespondenten aus Düsseldorf, der am 26. Oktober eine Anzahl von Dokumenten in Händen hatte, die sich auf den rheinischen Separatismus und seine Entwicklung in den letzten sechs Monaten beziehen. Darunter befindet sich auch eine Korrespondenz mit der Besatzungshörde. Die Papiere beziehen sich hauptsächlich auf die Partei Smeets. In einer Versammlung vom 1. Juli, die in Köln stattfand, hat nach diesen Dokumenten Smeets erklärt, der französische Delegierte habe ihm im Spital erklärt, er könne auf die aktive Hilfe Frankreichs zählen. England wäre sozusagen gegen Frankreich, aber Frankreich lege eben die letzte Hand daran, um sich England widersehen zu können. Eventuelle Gegentendgebungen würden alsbald durch die Truppen niedergeschlagen. Smeets erklärte weiter die Führer der Parteien und der Gewerkschaften, die den Widerstand organisieren würden, würden verhaftet und wenn möglich ausgewiesen. Die Truppen würden Waffen von den Franzosen erhalten. Dorten erhalte eine große finanzielle Unterstützung seitens der französischen Regierung, um den Staatsstreik möglich zu machen. Smeets habe darauf noch auseinandergesetzt, er wünste eine Erklärung der Militärbehörde und auch der französischen Regierung über den Grund der allgemeinen Hilfe. Dann könnten die Protestaktionen erfolgen. Eine Volksabstimmung müsse wie in Oberschlesien erfolgen. Diejenigen, die dagegen stimmten, würden ausgewiesen. Die Dokumente enthalten alsdann den inneren Streit in der Partei Smeets, der schließlich zum Aufkommen von Mathes führte.

Die Verantwortung für diese Enthüllungen muß der „Humanité“ überlassen bleiben.

London, 1. November. (W.Z.) Zu den Pariser Meldungen, wonach die britische Regierung Frankreich und Belgien benachrichtigt habe, daß sie die Legalität der vorläufigen rheinischen Regierung unter Dr. Doret und Mathes nicht anerkenne, und jedem Versuch einer separatistischen Bewegung in der britischen Zone entgegenzutreten werde, wird von britischer Seite hervorgehoben, daß der Schritt der britischen Regierung in der Weise erfolgt sei, daß von Seiten der britischen Botschafter in Paris und Brüssel gegenüber der französischen bzw. belgischen Regierung unter Bezugnahme auf die betreffenden Stellen der Rede Baldwin in Birmouth zum Ausdruck gebracht wurde, daß England die Schaffung separatistischer Staaten in Deutschland außerhalb der Souveränität des Reiches nicht gleichgültig betrachten könne, und daß dies ihrer Ansicht nach eine Uebertretung des Versailler Vertrags darstellen würde.

Paris, 1. November. (W.Z.) Der „Matin“ schreibt, Poincaré habe Lord Grey bei der Ueberreichung der englischen Note über die separatistische Bewegung geantwortet, die rheinische Bewegung sei keineswegs eine französische Schöpfung, die von den Besatzungstruppen ermutigt worden sei. Frankreich wünsche, daß künftig eine feste Barriere des Friedens und der Sicherheit zwischen Frankreich und Deutschland errichtet werde und nicht nur materiell, sondern auch moralisch eine Entmilitarisierung eintrete.

Heim warnt vor der Separation.

München, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus der Rede Dr. Heims auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei wird in der ihm nahestehenden Presse folgender bemerkenswerter Passus nachgetragen: „Wenn man mich fragt, ob die Separation Bayerns Vorteile brächte, wenigstens augenblicklich, so muß ich sagen: Ja, gewaltige. Ich zweifle nicht, daß beispielsweise die bayerische Wart besser stünde als die österreichische Krone. Wollen wir nun mit dem Reich hungern oder nach dem Rettungsmittel der Separation greifen? Ich sage das erstere. Eine Separation brächte wohl einen augenblicklichen Erfolg, wir würden aber später um so tiefer in den Abgrund gestossen. Dieser momentane Vorteil würde Jahre der Buße bringen. Ich warne meine Freunde eindringlich vor einer solchen Politik, wenn es mir gesundheitlich nicht mehr vergönnt sein sollte, mich aktiv an der Politik zu beteiligen.“

Das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus gibt die Entlassung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann aus dem Volksschuldienst bekannt. Als Grund wird der Versuch Hoffmanns angegeben, die Pfalz von Bayern loszulösen.

Zum ersten Male unter dem Rahr-Ausnahmezustand hatte Hitler am Dienstagabend seine Leute wieder im Zirkus Krone versammelt, wobei die ganze Garnitur der nationalsozialistischen Agitatoren zu Worte kam. Geplant und durch Pfote angeleitet waren ursprünglich vier Mitgliederversammlungen, die aber verboten, d. h. auf die eine Mitgliederversammlung im Zirkus Krone beschränkt wurden. Im Zusammenhang damit hat der Generalkommissar am Mittwoch eine Verfügung erlassen, durch die die Polizeibehörden ermächtigt werden, in geeigneten Fällen die Abhaltung öffentlicher politischer Versammlungen in geschlossenen Räumen zu genehmigen. Es ist also damit zu rechnen, daß die politische Betätigung der rechtsradikalen Organisationen vom Ausnahmezustand nicht mehr behindert werden.

Rücktritt Lord d'Abernons.

London, 31. Oktober. (W.Z.) Von unterrichteter Seite verläutet zu den Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt des britischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon: Als Lord d'Abernon den Berliner Botschafterposten im Jahre 1920 übernahm, geschah dies unter der Voraussetzung, daß er ihn eine bestimmte Zeit innehaben werde, die bald abläuft. Der Zeitpunkt des Rücktritts Lord d'Abernons und die Person seines Nachfolgers stehen jedoch noch nicht fest.

	1. November		31. Oktober	
	Geld	Beief	Geld	Beief
	M = Millionen Mark, T = Tausend Mark.			
1 holländ. Gulden	51870 M	52130 M	28339 M	28471 M
1 argent. Papier-Peso	42893 M	43107 M	23142 M	23288 M
1 belgischer Franc	6888 M	6717 M	3651 M	3660 M
1 norwegische Krone	19950 M	20050 M	11172 M	11228 M
1 dänische Krone	22943 M	23057 M	12569 M	12631 M
1 schwedische Krone	35312 M	35498 M	19152 M	19248 M
1 finnische Mark	—	—	1945 M	1955 M
1 japanischer Yen	—	—	35910 M	36090 M
1 italienische Lira	6005 M	6035 M	3252 M	3268 M
1 Pfund Sterling	598500 M	601800 M	324183 M	325812 M
1 Dollar	129675 M	130325 M	72319 M	72681 M
1 französischer Franc	7840 M	7880 M	4269 M	4291 M
1 brasilian. Milreis	—	—	6584 M	6610 M
1 Schweizer Franc	23741 M	23859 M	12963 M	12982 M
1 spanische Peseta	17756 M	17844 M	9676 M	9724 M
1 österr. Krone (abgef.)	—	—	1017 T	1028 T
1 tschechische Krone	—	—	2115 M	2125 M
1 ungarische Krone	—	—	3830 T	3850 T
1 bulgarische Leva	—	—	678 M	677 M
1 jugoslaw. Dinar	—	—	800 M	804 M

Dreimilliardenfache November-Miete.

Die endgültige Mietzinsfestsetzung für November, die wir in der Dienstagmorgen-Ausgabe mitgeteilt haben, hat in weiten Bevölkerungskreisen Entsetzen ausgelöst, weil viele Mieter nicht mehr in der Lage sind, neben dem alternativen Lebensunterhalt (soweit es dazu überhaupt noch lang) noch viele Milliarden Mietzins aufzubringen. Nicht nur in den hunderttausenden Berliner Familien, deren Ernährer erwerbslos oder Kurzarbeiter, Sozialrentner, Kleinrentner oder Heeresrentner, Witwen oder kleine Gewerbetreibende sind, sondern auch in den Familien der Angehörigen der freien Berufe, der unteren und mittleren Beamten, der Angestellten und der vollbeschäftigten Arbeiter herrscht bange Sorge über die Beschaffung der Mittel zur Bestreitung der Miete, und viele, die es noch vermeiden zu können glaubten, müssen jetzt wegen der unerschwinglichen Miete den Gang zum Wohlfahrtsamt antreten. Es bleibt dem Magistrat nichts anderes mehr übrig, als ganz erhebliche Beträge für Mietbeihilfen für die unbedürftigste Bevölkerung bereitzustellen, wenn diese nicht im Besitz ihrer Wohnungen gefährdet werden soll. Tritt das aber ein, so ist eine Katastrophe unvermeidlich. Vor der Sorge um die Instandhaltung der Häuser und Wohnungen steht die Sorge um das tägliche Brot, und der größte Teil der Mieter sieht immer noch nicht die Verwendung der Instandsetzungskosten für diesen Zweck; nicht einmal die Ofen und Kochherde sind in der Mehrzahl der Häuser nachgesehen und verschmiert worden — trotz des herantretenden Winters und trotz des großen Mangels an Kohlen, die infolge der hohen Preise — wenn überhaupt — nur in geringer Menge beschafft werden konnten.

In einfachen Häusern sind für November an festen Zuschlägen im voraus zu zahlen:

1. Die Grundmiete = 1 Sahe,
2. Für Verwaltungskosten die 300 Millionen Sahe,
3. Für laufende Instandsetzungen die 900 Millionen Sahe,

zusammen die 1200 Millionen- und 1 Sahe. Grundmiete oder bei 20 Mark Grundmiete 24 Milliarden und 20 Mark Monatsmiete. Dazu kommen die Umlagen, die nach der Magistratsbestimmung sofort spätestens am zweiten Tage nach Vorlegung der Belege zu zahlen sind. Auch bei diesen Einzelschulden können sich die größten Schwierigkeiten ergeben.

Wegen der Verwaltungskosten in Häusern mit besonderen Einrichtungen sowie in Geschäfts- und Industriehäusern verweisen wir

auf die Ausführungen in der Dienstagfrüh-Nummer. Haben die Mieter die gesamte Hausreinigung übernommen, so zahlen sie eine 150millionenfache Grundmiete weniger; haben sie nur die Treppenbeleuchtung übernommen, so zahlen sie eine 120millionenfache Grundmiete weniger. Für große Instandsetzungsarbeiten kann das Mietminderungsamt Zuschläge bis zur 40millionenfachen Grundmiete festlegen.

Die öffentlich-rechtlichen Betriebskosten (Grund- und Gebäudesteuern, Straßenreinigungsgebühren, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Brennstoff- bzw. Stromkosten für Treppen- und Flurbeleuchtung sowie die Kosten für Müll- und Schlackenabfuhr) werden bekanntlich in voller Höhe umgelegt; die Höchstmiete für die Umlegung privatrechtlicher Betriebskosten hat der Magistrat für November wie folgt festgesetzt:

1. Private Müllabfuhr 62 millionenfache Grundmiete
2. Private Schlackenabfuhr 20
3. Kesselreinigung 12
4. Private Fäkalienabfuhr 175
5. Feuerversicherung 80
6. Glaschädenversicherung 20
7. Wasserleitungschädenversicherung 20
8. Haftpflichtversicherung 20

Bei der Feuerversicherung ist zu beachten, daß der Vermieter 3 Proz. der Prämie bei der Umlegung als seinen Anteil vorweg abzuziehen hat; an der Aufbringung des Restes bleibt er nach dem Maßstabe seiner eigenen Grundmiete beteiligt, wenn er im Hause wohnt. Steht das Haus in einer befahrenen Gefahrenklasse, so geben die durch die Versicherung des Gebäudes in der höheren Gefahrenklasse entstehenden Mehrkosten zu Lasten desjenigen Mieters (oder Vermieters), der sie infolge seines feuergefährlichen Betriebes verursacht hat.

Der Mieterbund Steglitz e. V. veranstaltet morgen Freitag, abends 8 Uhr, eine öffentliche Mieterversammlung in der Oberrealschule Pankstraße. Hier sollen die Novembermietzuschläge besprochen und ferner Protest gegen die von der Regierung geplante Mietsteuer sowie gegen die Behandlung der Steglitzer Müllabfuhr durch die Bezirksverwaltung erhoben werden. Schließlich soll eine Erörterung der Regierungsverordnung bezüglich der Gas- und Elektrizitätspreise stattfinden.

Die Erwerbslosen müssen warten.

Die Klagen über die unpünktliche Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und über die mangelhafte Organisation der Zahlstellen wölken sich Tag um Tag. In den Zahlstellen für Erwerbslose herrscht seit Tagen starke Erregung. Die Leute werden unter fortwährender Wänderung der behördlichen Maßnahmen nach den für sie zuständigen Zahlstellen beordert, um dann nach stundenlangem Warten zu erfahren, daß entweder gar kein Geld oder für jeden Erwerbslosen nur ein ganz unzureichender Betrag da ist. Die Hauptschuld für diese unheimlichen Zustände liegt an der allgemeinen augenblicklichen Zahlungsmittelnot. Der unbefangene Beurteiler muß aber bestätigen, daß die Erwerbslosen recht haben, wenn sie auch die einzelnen Bezirksbehörden anklagen. Man soll doch vor allen Dingen nicht als Beruhigungspulver feste Versprechungen geben, wenn man nicht die Sicherheit zu ihrer Erfüllung hat. So war für Treptow und Oberschönweide amtlich mit aller Bestimmtheit volle Zahlung zugesichert worden. Die Menschenmassen standen vor sechs Uhr morgens an unter freiem Himmel, und erst am Spätnachmittag wurde in Treptow mit ganz unzulänglichen Zahlungen begonnen. Männer und Frauen stürzten mit ihren hungernden Kindern erregt auf den Stadtrat Steuer zu, dessen Beizeuerungen, alles zur Hilfe Erforderliche getan zu haben, nicht geglaubt wurden. Noch in der zehnten Abendstunde, als längst alle Lebensmittelgeschäfte geschlossen waren, wurde gezahlt. Viele erhielten nur eine Schapanweisung über einen Dollar, deren Annahme die meisten Geschäfte am anderen Tage verweigerten, aber nur für zwei Milliarden Wechselgeld zugestanden. Die ganze Organisation der Auszahlung ist falsch und beweist starken Mangel an Voraussicht. Es ist schon gründlich falsch, gleich Tausende nach einer bestimmten Zahlstelle zu dirigieren und dann zwei Beamte, die sich kein Bein ausziehen, mit der Zahlung zu beauftragen. Dann wird man allerdings erst um Mitternacht fertig. Es muß, da die Erwerbslosenzahl schnell noch steigen wird, sofort eine große Reihe neuer Zahlstellen eingerichtet werden, wenn nicht schwere Gefahren auch in gesundheitlicher Beziehung heraufzubesiegen sollen. Entgegen anderen unverantwortlichen Nachrichten haben sich die Erwerbslosen, abgesehen von verständlichen Temperamentsentladungen einzelner Personen, sehr ruhig verhalten. Man soll aber die Sache nicht auf die Spitze treiben und hungernde Menschen unnötig leiden. Deshalb müssen auch die vorliegenden Drohungen nervöser leitender Beamten mit der Schupo unterbleiben.

Auch noch „Rentenpfennige“.

Von all dem wertbeständigen Geld, das bisher ausgegeben wurde, ist in der Öffentlichkeit nicht viel zu sehen gewesen. Wahrscheinlich befindet es sich wieder in „festen Händen“ der Spekulant und Schieber, während dem Gehalts- und Lohnempfänger, der unter der Last seines wertlosen Papiergeldes täglich tiefer zu Boden sinkt, nichts davon offenbar wird. Jetzt soll, wie es heißt, auch mit der Ausprägung der Rentenpfennige bereits begonnen worden sein. Es handelt sich um Stücke von 1, 2, 5, 10 und 50 Pfennigen. Die 1- und 2-Pfennigstücke sind ähnlich wie die Friedenspfennige aus Kupfer hergestellt, die übrigen Werte bestehen aus einer Mischung von Aluminium und Kupfer, die einen goldgelben Glanz hat. No also, doch wenigstens goldgelber Glanz, wenn es auch Linnest ist.

„Wer es verdient, bekommt Prügel.“ Diese Auskunft erteilte, wie man uns schreibt, vor wenigen Tagen der Polizeileutnant Bräuer in Hermsdorf einem Genossen auf die Frage, ob es zuträglich sei, daß ein Polizeibeamter Schimpfworte gebrauche und mit Schlägen drohe. Der Genosse war von einem vor seiner Wohnung beschäftigten Fuhrmann ohne Veranlassung in antisemitischer Weise angepöbelt und bedroht worden. Auf der Hermsdorfer Polizeiwache, die er um Schutz anging, beauftragte der Kriminalassistent Simon einen Beamten mit der Feststellung des Fuhrmannes. Als darauf der als deutschpöbelisch ortsbekannte Oberwachmeister Bayer den Beamten Meldungen erteilte, die dem Genossen unzureichend erschienen, und dieser dagegen Einwendungen machte, bedrohte ihn Bayer mit Schlägen und Inhaftierung und beschloß ihn seinerseits in grob antisemitischer Weise, bis er von dem Kriminalassistenten zur Ruhe verwiesen wurde. Bezeichnend ist es, daß nach den Aussagen des vom Genossen beigegebenen Schutzmannes die letzten politischen Vorgänge in Bayern jene Stimmung der Polizeibeamten erzeugt hätten, die der Oberwachmeister zum Ausdruck brachte. Auch in Gegenwart des Polizeileutnants Simon fehlte dann der Fuhrmann seine Drohungen und Beschimpfungen fort, so daß der Genosse seine Wohnung nicht verlassen konnte, da der Beamte die verlangte Entlohnung ablehnte. Darf man nach diesen und ähnlichen Erfahrungen von Seiten der Hermsdorfer Polizeiwache den durch die Verfassung gewähr-

testeten Schutz der Persönlichkeit erwarten, falls es den Rechtspulsisten einfallen sollte, über ihre linksgerichteten Mitbürger herzufallen?

Zur Beachtung für Gas- und Elektrizitätsverbraucher.

Die Abänderung der Lieferungsbedingungen für Gas und Elektrizität aus den Werken der Stadt ist am 28. Oktober in Kraft getreten. Das Wichtigste aus den neuen Bestimmungen wurde im „Vorwärts“ bereits am 28. Oktober (Sonntag) in der uns von amtlicher Stelle übermittelten Fassung wieder gegeben. Seit Anfang dieser Woche werden also die Preise von Gas und Elektrizität täglich neu festgesetzt, und zwar richten sie sich nach dem Kohlenpreis des Tages vor Ausstellung der Rechnung. Unter Bezugnahme auf die Reichsverordnung vom 24. Oktober hat der Magistrat, wie gleichfalls schon am 28. Oktober im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, die Gas- und Elektrizitätsverbraucher aufgefordert, alle Reste der ausgestellten Rechnungen spätestens bis einschließlich 3. November an den Kassen der Verwaltungsstellen zu bezahlen. Zu diesen Rechnungen wird wegen der Geldentwertung für jede angefangene Woche des Verzuges ein Zuschlag von 10 Proz. des Rechnungsbetrages gemacht. Vom 4. November ab werden alle noch unbezahlten Rechnungsbeträge auf den am Tage des Zahlungseinganges gültigen Preis ausgewertet.

Der „König der Güterdiebe“.

Der „König der Eisenbahngüterdiebe“, Paul Perna, dessen Treiben schon oft die Kriminalpolizei beschäftigt hat, ist wieder einmal verhaftet worden. Perna, stets mit angemessenem Fuhrwerk den angeblichen Auftraggeber auf den Güterbahnhöfen vorsahen und aufstuden oder von anderen Wagen, die unterwegs angehalten wurden, überleben. Seine Haupthehlereihelfer waren zuletzt ein Franz Kehler mit dem Spitznamen „Schlachterfranz“, ferner drei Männer namens Kujak, Kumbrecht und Stahl. Einer der größten Streiche, die die Bande in der letzten Zeit verübte, war der Diebstahl auf dem Zollbahnhof am Behrter Bahnhof, bei dem ihnen 28 Fässer Laug in die Hände fielen. Am 12. September erbeutete sie auf dem Nordbahnhof neun Risten Eier, von denen acht in der Zentralmarkthalle verkauft wurden, während sich die Bandenmitglieder in den Anhalt der letzten teilten. Am 18. September stahlen sie auf dem Sächsischen Bahnhof eine große Menge Roggen, am nächsten Tage auf dem Behrter Güterbahnhof zehn Sack Hafer, am folgenden Tage auf dem Charlottenburger Bahnhof vier Molaren und zwei Fuhräder. In der Halle des Stettiner Bahnhofes wurde er in dem Augenblick festgenommen, als er sich eine Fahrkarte lösen wollte. Der Verhaftete sagt, daß er sich jetzt habe gesund machen wollen, um in der Provinz ein ehrliches Leben zu beginnen.

Zu der Auktion der Berliner Zahlungsmittel, über die wir berichteten, hat das Kaufhaus des Westens G. m. b. H. an den Magistrat nachstehendes Schreiben gerichtet: „Unsere Firma hat bei Ausgabe des wertbeständigen Reichsgeldes sofort, insbesondere auch am 29. Oktober den Anhang des täglichen amtlichen Kurzes an allen ihren Kassen veranlaßt. Mit dem Augenblick der Ausgabe der Stadtbildscheine sind die Kassen mit der weiteren Anweisung versehen worden, diese Stadtbildscheine zum amtlichen Kurse der Goldanleihe in Zahlung zu nehmen. Zum Erweise dessen fügen wir Anhang und Kassenbelege bei. Das Anerkennen, einen Stadtbildschein nicht zum Tageskurs, sondern nur zum Kurse von 50 Milliarden anzunehmen, war ein Uebergriff eines einzelnen Angekligten.“ — Der Magistrat hat darauf von weiteren Schritten Abstand genommen.

Der Leiter der Sächsischen Landesziehungsbehörde Vierbeck, Dautheide und Altona, Dr. Andreolen-Schloß Bieberstein a. Rh. (richtig heute 7 1/2 Uhr im Werner-Siemens-Gymnasium, Nollendorfstr. 47/48 (Untergrundbahnhof Victoria-Platz) über die, sein Väter, seine Schulan und jetzt. (Eund entlassener Schulreformer). Jedermann eingeladen.

Groß-Berliner Parteienachrichten.

Verbeausch der Kommunalbeamten, Angestellten und Hilfskräfte. Freitag, den 2. Nov., nachm. 4 bis 7 1/2 Uhr: Öffentliche Besprechung aller Vertrauensmänner, Mitglieder des Kommunalrats. Anwesenheit des Reichsbannerführers in der öffentlichen Versammlung. Referent Genosse Stöckert. Die Besitze, Bureau und Betriebs müssen vorzeitig sein.

17. Kreis Lichtenberg, Aushub für Arbeiterwohnstätten. Freitag, den 2. Nov., 7 Uhr, wichtige Sitzung im Runderdarm, Büchli 31, der Gemeinde 26. Um in der Wohnfahrtsfrage tätigen Genossen und Genossen ein schließlich der Frauenfunktionäre sind eingeladen und werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

